

ARBEITSKREIS MENSCHENRECHTE (AKM)

- Working Group for Human Rights -

Thomas Müller
Am Pandyck 31
D-47443 Moers / Germany
Tel. 02841-9163753
E-Mail: info@akm-online.info
Internet: www.akm-online.info

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Mitteilung erhalten Sie im Rahmen des E-Mail-Aktionskreises von

- > Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) und
- > Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Arbeitsgruppe München (IGFM-München)

Diese Information finden Sie auch im Internet unter: www.akm-online.info . Wenn Sie unsere Mitteilungen nicht mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns das bitte mit unter: info@akm-online.info

Empfehlen Sie unsere Rundbriefe gerne weiter. Kennen Sie Personen, die daran Interesse haben könnten, teilen Sie uns gerne die E-Mail-Adresse mit; wir nehmen dann Kontakt auf.

Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit auch als **IGFM-Mitglied**: <https://www.igfm.de/mitglied-werden/>

KURZ und BÜNDIG vorab

> **SYRIEN:** Freiheit für den syrischen Christen Suleiman Khalil



Suleiman Khalil (51), syrischer Christ, der sich als Bürgermeister mutig für seine Heimatstadt Sadad mit ihrem antiken christlichen Erbe eingesetzt hat, wurde am 8. Februar 2025 ohne Angabe von Gründen durch Sicherheitskräfte des dschihadistischen Regimes von Ahmed al-Scharaa festgenommen. Seitdem hält ihn das syrische Regime in Isolationshaft, anwaltliche Vertretung wird ihm verweigert.

Mehr und Petition: Christian Solidarity International (CSI), <https://citizengo.org/de/oth/16138>

+ + +

> IN MEMORIAM: Vor 80 Jahre starb Kurt Mathias von Leers für seinen Glauben - Sein Bruder war Nazi

Kurt Mathias von Leers, ursprünglich evangelisch, konvertierte 1930 zum Katholizismus und verspürte die Berufung zum Priesteramt. Im Jahr 1938 begann er das Studium der Katholischen Theologie. Bereits im Frühjahr 1940 wurde diese Phase erstmals durch die Einberufung zur Wehrmacht unterbrochen: Schon nach einem halben Jahr wurde er aus gesundheitlichen Gründen wieder entlassen. Das war wohl der Hintergrund, vor dem sich ab November 1942 sein Martyrium vollzog, das mit der damaligen Verhaftung durch die Gestapo begann. Die Nationalsozialisten warfen ihm „staatsfeindliche“ Äußerungen vor. Unter der Folter kam es erstmals zu einer Situation, in der er seine Treue zum Glauben deutlich unter Beweis stellen konnte: Sie versuchten, ihn zu Aussagen zu bewegen, die die Leitung des Priesterseminars belasten sollten. 1943, im KZ Dachau, sollte ein Handel ihn retten: Er sollte sein Ziel, Priester zu werden, aufgeben. Und nicht nur dies: Auch solle er seinem katholischen Glauben abschwören. Sein eigener Bruder trug dies an ihn heran, der selbst ein Nationalsozialist war, dabei sogar von besonderem Eifer und Ablehnung des Christentums getragen: Johann von Leers.



Mehr: <https://stephanus-stiftung.org/der-seminarist-der-in-dunkelster-zeit-seinem-glauben-treu-blieb/>

+ + +

> LEBENSRECHT: ARD und ZDF - Die wahre „Kampagne“ im Fall Brosius-Gersdorf

„Niemand folgt so besinnungslos den eigenen Projektionen wie passionierte „Faktenchecker“. Die Manifestationen ihres Wunschenkens gelten ihnen als Tatsachen, Tatsachen wiederum als Verschwörungsnarrative. Die Chronologie von Ereignissen und Handlungen samt ihrer jeweiligen Motivation wird von ihnen so oft de- und rekontextualisiert, dass irgendwann weder Zuschauer noch Akteure mehr zwischen Ursache, Wirkung und deren nachträglicher Rationalisierung unterscheiden können. (...)

*Ähnlich verfuhr das ZDF im „heute journal“ am 20. Juni, wo die Moderatorin Dunja Hayali von „Schmutzkampagnen“ gegen Brosius-Gersdorf sprach. Zu der pauschalen Behauptung, „ihre Haltung zur Impfpflicht in der Corona-Pandemie, zu einem AfD-Verbot und zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen“ sei Gegenstand „unzähliger Falschmeldungen“ gewesen, wurden dann die Screenshots von Internetmedien wie „Apollo News“ eingeblendet. Nach einer Abmahnung durch das Portal **musste das ZDF nun eine Unterlassungserklärung abgeben** und einräumen, dass die Artikel „zwar die genannten Themen bedienten, selbst aber keine Falschmeldungen darstellen“. **Der Feldzug gegen die vermeintliche „Kampagne“ bedient sich also selbst der Mittel einer Schmutzkampagne**, die nicht zuletzt auch die Urteilsfähigkeit der CDU-Abgeordneten beleidigt.“*

Auszug aus: <https://www.welt.de/debatte/plus6888ed6b893b255c80db0a67/ARD-und-ZDF-Die-wahre-Kampagne-im-Fall-Brosius-Gersdorf.html?cid=socialmedia.email.sharebutton&cachebuster=true>
(Hervorhebungen AKM)

Nach dem Rückzug der SPD-Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht, Frauke Brosius-Gersdorf hat die Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) e.V. ihr Internetportal ein weiteres Mal aktualisiert. Auf der Startseite finden Interessierte hier **wichtige Hintergrundinformationen** rund um die Causa: <https://www.alfa-ev.de/>

+ + + + +

*Wenn ein Kind Probleme bereitet,
müssen die Probleme beseitigt werden,
nicht das Kind.*

+++

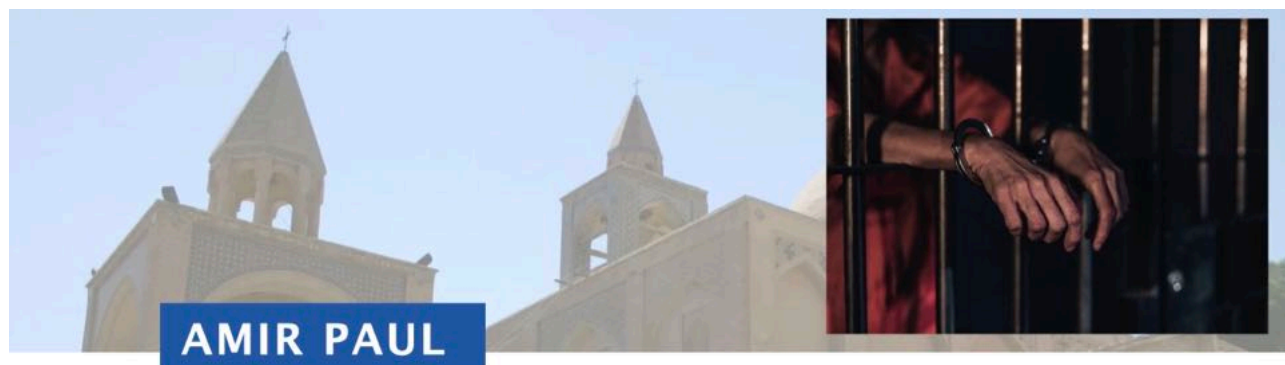
*Jedes gezeugte Kind hat das Recht
weiterzuleben. Denn es ist „Einer
von uns“.*

+++

*Nie wieder unwertes Leben. Ich bin
Mensch. Du bist Mensch. Wir sind
Menschen.*

PAKISTAN: Christlicher Regierungsangestellter festgenommen

Quellen: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), www.religionsfreiheit-igfm.info, Evangelische Nachrichtenagentur IDEA, www.idea.de



Als Gefangenen des Monats August haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den pakistanischen Christen **Amir Paul aus Lahore** (Provinz Punjab) benannt. Der 60-jährige Beamte kam **am 19. Juli 2025** wegen angeblicher Blasphemie in **Polizeigewahrsam**.

Paul hatte in einem Gemischtwarenladen im Stadtviertel Nishat Colony eingekauft, und dort eine Debatte geführt. Der Geschäftsinhaber warf ihm vor, „ein Agent Amerikas und des Westens“ zu sein. Er alarmierte daraufhin Imame aus der Umgebung und behauptete, sein Kunde habe im Verlauf der Diskussion den islamischen Propheten Mohammed beleidigt.

Paul weist diesen Vorwurf zurück: Er habe sich keineswegs zu religiösen Fragen geäußert. Zeugen, die vor Ort befragt wurden, bestätigten die Aussage des Festgenommenen. **Seine Familie und die Nachbarn befürchten, dass es zu Mobgewalt kommen könnte**, wie bereits in früheren vergleichbaren Fällen.

>>> Bitte helfen Sie mit, die Freilassung von Amir Paul sowie die Sicherheit des Inhaftierten und seiner Familie zu erreichen, indem Sie das nachfolgende Schreiben kurzfristig an die genannten Stellen schicken.

+ + +

Seine Exzellenz
Staatspräsident Asif Ali Zardari
c/o: Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
Schaperstraße 29
D-10719 Berlin

E-Mail: mail@pakemb.de

Exzellenz,

ich wende mich wegen des pakistanischen Staatsbürgers **Amir Paul aus Lahore** an Sie. Der 60-jährige Beamte wurde am 19. Juli 2025 wegen angeblicher Blasphemie festgenommen.

Paul, der Christ ist, hatte in einem Gemischtwarenladen im Stadtviertel Nishat Colony eingekauft, wo sich eine Debatte mit dem Ladenbesitzer entfachte. Der Inhaber des Geschäfts beschimpfte ihn als „Agenten Amerikas und des Westens“ und alarmierte schließlich Imame aus der Umgebung mit der Behauptung, sein Kunde habe im Verlauf der Diskussion den islamischen Propheten Mohammed beleidigt. Amir Paul weist diesen Vorwurf zurück: Er habe sich keineswegs zu religiösen Fragen geäußert. Zeugen, die vor Ort befragt wurden, bestätigten die Aussage des Festgenommenen.

Mit Blick auf frühere schwere Mobgewalt infolge von Blasphemie-Vorwürfen, zum Beispiel im August 2023 in Jaranwala, befürchten Einwohner des Viertels Nishat Colony, insbesondere die Familie des Beschuldigten, dass es zu Ausschreitungen kommen könnte.

So bitte ich Sie, für die Sicherheit des Inhaftierten, seiner Familie sowie seiner Nachbarschaft zu sorgen und auf seine Freilassung hinzuwirken.

Hochachtungsvoll

KOPIEN:

>>> Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, E-Mail: buergerservice@diplo.de

>>> Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Dr. Lars Castellucci, E-Mail: menschenrechtsbeauftragter@diplo.de

>>> **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de